

akzente

MONATSZEITUNG DER GESELLSCHAFT ZUM SCHUTZ
VON BÜRGERRECHT UND MENSCHENWÜRDE E.V.

11|2020



Erklärung der »Initiative abrüsten statt aufrüsten«

Frankfurter Appell: Abrüsten statt aufrüsten – neue Entspannungspolitik jetzt!

Das Gespenst des Kalten Krieges ist zurück. Die Welt steht am Rande des Friedens, denn sie wird zu einer zerbrechlichen Einheit. Das Krebsgeschwür des Nationalismus breitet sich aus. Soziale Ungleichheiten spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, dass die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit.

Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei.

Abrüstung findet nicht statt, zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden aufgekündigt. Neue Atomwaffen werden stationiert. Die weltweiten Militärausgaben erreichen neue Rekordhöhen; allein auf die zehn

Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben entfallen 75 Prozent. Und sie sollen weiter gesteigert werden. Deutschland liegt auf Platz sieben und hatte 2019 den höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Staaten. Bei den Waffenexporten erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf. Der Wahnsinn muss gestoppt werden. Andernfalls drohen neue Verteilungskämpfe zulasten sozialer und ökologischer Reformen.

Auf- und Hochrüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verschärft die Gefahr neuer Kriege und verschwendet wertvolle Ressourcen, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden – für den Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Die doppelte Gefahr eines Selbstmords der menschlichen Zivilisation ist denkbar geworden, durch die Hochrüstung genauso wie durch die ungelösten sozialen und ökologischen Krisen.

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um Frieden zu schaffen und dauerhaft Abrüstung und Frieden zu verwirklichen. Für eine neue Entspannungspolitik in gesamteuropäischer Pers-

pektive ist eine starke Zivilgesellschaft notwendig, nicht Spaltung und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus. Das Friedensprojekt eines zivilen Europas muss nach wie vor zum Vorbild für andere Weltregionen werden. Verantwortung übernehmen heißt deshalb: abrüsten statt aufrüsten.

Im November 1980 wurde der Krefelder Appell vorgestellt, mehr als fünf Millionen Bundesbürger*innen haben ihn unterstützt. Damals lehnte die Friedensbewegung die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ab. Das fordern wir auch heute. In erster Linie wenden wir uns gegen das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Ziele auszugeben. Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Der Rüstungsexport an Krisenregionen, an kriegsführende Staaten und an diktatorische oder autokratische Regime muss schnellstmöglich beendet werden. Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus.

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation – in Hochschulen, Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft. Denn wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen.

Wir rufen auf zum bundesweiten Aktionstag für »Abrüstung und neue Entspannungspolitik« am 5. Dezember 2020. Mitmachen!

Arbeitsausschuss der Initiative »abrüsten statt aufrüsten«
Reiner Braun (International Peace Bureau), **Barbara Dieckmann** (Welthungerhilfe), **Thomas Fischer** (DGB), **Philipp Ingenuleuf** (Netzwerk Friedenskooperative) **Christoph von Lieven** (Greenpeace), **Michael Müller** (Naturfreunde, Staatssekretär a. D.), **Willi van Ooyen** (Friedensratschlag), **Miriam Rapior** (BUNDjugend, Fridays for Futures), **Uwe Wötzel** (Ver.di), **Thomas Würdinger** (IG Metall), **Olaf Zimmermann**. (Deutscher Kulturrat).

Frankfurt, den 11. Oktober 2020

Über die Kunst der Symbolbildung

Menschenrechtspreise der GBM

Dass bildende Künstler das öffentliche Erscheinungsbild der GBM von Beginn an mitbestimmen, entspricht dem programmatischen Ziel unserer Organisation, Kunst und Kultur als selbstverständlichen Teil der Menschenrechtsarbeit zu begreifen. Der Maler und Graphiker Walter Womacka entwarf die blaue Rose als unser Symbol. Rudolf Grüttner schuf als Gebrauchsgrafiker nach dieser Idee unser Abzeichen und das vielfach an unsere Mitglieder verliehene Ehrenabzeichen. Die Bildhauer Gerhard Rommel und Claus-Lutz Gaedicke erarbeiteten ebenso wie die bekannte Keramikerin Ulli Wittich-Großkurth die von der GBM als Europäische Friedenspreise verliehenen Kleinplastiken und Reliefs; diese wurden u. a. an eine ukrainische Delegation des Europäischen Friedensforums, an serbische Friedensaktivisten, an die französische Organisation A.R.A.C. und an das Bündnis »Dresden nazifrei« übergeben.

Seit 24 Jahren verleiht die GBM jährlich am Tag der Menschenrechte einen Menschenrechtspreis. Bisher wurden 25 Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland damit geehrt. Auch diese Auszeichnungen – allesamt Kleinplastiken von hohem ästhetischen Wert mit einem beschrifteten Sockel – wurden und werden von Künstlern gestaltet. Siegfried Krepp formte als erster Bildhauer dafür ein bronzenes Paar, eine Metapher für Treue, Zusammenhalt und Solidarität. Von ihm stand lange Zeit eine Ringergruppe im öffentlichen Straßenraum vor unserer Geschäftsstelle in der Berliner Weitlingstraße; sie wurde später durch die Skulptur »La Terra II« der international bekannten Bildhauerin Jenny Mucchi-Wiegmann (Genni) ersetzt.

Martin Wetzel, ein Skulpteur aus Halle/S., der lange Zeit als Dozent an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein arbeitete, war der Schöpfer

der Menschenrechtspreise in den folgenden Jahren. Es war eine Mutter-Kind-Gruppe, Zeichen für Liebe und Behütung, die auf einem steinernen Sockel stand – in einer beinahe strengen, an romanische Plastiken erinnernden Formensprache. Seine Ehefrau, die Malerin Gudrun Wetzel, sorgte dafür, dass auch nach seinem Tod bis 2018 weitere Güsse dieser kleinen Kostbarkeit zur Verfügung standen.

2019 konnten wir aus dem Nachlass des Bildhauers Gerhard Rommel, der stets eng mit der GBM verbunden war und in einem Ortsteil von Gransee wohnte und arbeitete, zwei kleine Terrakotta-Figuren als Menschenrechtspreise überreichen, die in ihrer Geschlossenheit an frühgeschichtliche Fruchtbarkeitssymbole erinnern und – wie bei Ernst Barlach – Schlichtheit mit innerer Größe vereinen.

Für 2020 und 2021 entwarf, formte und brannte die »Grand Dame« der DDR-Keramik Ulli Wittich-Großkurth aus Jena als Menschenrechtspreis zwei Tauben und versah sie mit einer kostbaren farbigen Glasur. Wer kennt nicht Picassos Friedenstaube? Die Keramikerin ahmte sie nicht nach; sie schuf etwas Eigenes. Der friedlich-gewaltlose Charakter, der diesem Vogel nachgesagt wird, machte ihn zum Inbegriff für Sanftmut und Liebe. Die Taube war schon in der Antike der heilige Vogel der Aphrodite, im Christentum verkörpert sie den Heiligen Geist, in Märchen taucht sie auf, in China verkörpert sie Gattentreue. Für uns ist sie bis heute das Symboltier der Friedensbewegung. (Nicht umsonst nannten Pablo Picasso und der brasilianische Schriftsteller Jorge Amado ihre Töchter Paloma). Die Kraft eines solchen Sinnbilds ist als Menschenrechtspreis der GBM wohl angemessen.

Maria und Dr. Peter Michel



▲ Ulli Großkurth-Wittich, Menschenrechtspreis 2020, Keramik
Foto: Peter Michel



▲ Siegfried Krepp, Menschenrechtspreis, Bronze
Foto: Gabriele Senft



▲ Martin Wetzel, Menschenrechtspreis, Bronze
Foto: Peter Michel



▲ Gerhard Rommel, Menschenrechtspreis, Terrakotta
Foto: Peter Franz

Menschenrechtspreis der GBM

Die GBM verleiht traditionell am 10. Dezember jeden Jahres ihren Menschenrechtspreis.

Bedingt durch die gegenwärtige Situation wird die Veranstaltung zur Verleihung des Preises zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden, über den rechtzeitig informiert wird.

Den Realitäten ins Auge schauen

Das sollte vor allem für Politiker eine wesentliche Voraussetzung für richtige und damit auch realistische Haltungen und Entscheidungen sein. Erst recht gilt diese Anforderung für alle Linken.

Der Frieden ist heute mehr denn je bedroht – durch eine Vielzahl bewaffneter Konflikte, Hochrüstung, Volksverhetzung und einen fortgesetzten Kalten Krieg. Leben und Gesundheit der Menschen sind durch Krieg und die Corona-Krise größten Gefahren ausgesetzt. Wir erleben einen zivilisatorischen Rückschlag in der Entwicklung der Menschheit. Sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene sind wir mit einem zunehmenden Rechtsruck

konfrontiert. Die damit verbundenen Gefahren gehen vor allem von der Politik der USA und ihrer NATO-Verbündeten aus. Die hauptverantwortlichen Drahtzieher sitzen jedoch in den Finanzkonzernen.

Weit nach rechts bis hin zur Herausbildung faschistischer Strukturen hat sich in Deutschland die politische Achse der Gesellschaft verschoben. Maßgebliche Akteure der sogenannten Mitte haben die rechten Kräfte salonfähig gemacht. Es stellt sich somit die Frage: Sollen die rückständigsten Parolen, Morde, Gewaltdrohungen, Russophobie u.a. zum Alltag einer sich polarisierenden deutschen Gesellschaft werden? Sollen Medien mit

ihrer Hetzpropaganda weiterhin außerhalb einer wirksamen gesellschaftlichen Kontrolle bleiben? Wenn man das alles erkennt, dann weiß man doch wohl, dass es nicht in erster Linie um eine Regierungsfähigkeit der Linken geht. Vielmehr geht es doch um ihre, um es ganz deutlich zu sagen, klassenkämpferische Identität, um ihre Glaubwürdigkeit als Interessenvertreter aller lohnabhängigen und armen Schichten.

Und wenn all diese Gefahren erkannt sind, kommt es darauf an, ihre systembedingten Ursachen aufzudecken. Man kommt also damit an den Gebrechen des kapitaldominierten Systems ebenso we-

nig vorbei wie an den Folgen einer US-hegemonialen Globalisierung. Darüber hinaus kommt es aber vor allem auf den Widerstand gegen diese Gefahren und deren Verursacher an, und zwar in breitester Front, ohne sektiererische Engstirnigkeit. Und damit sind wir folgerichtig bei offensiver Aufklärung: Aufstehen statt anpassen! Und schließlich die alles entscheidende Frage: Die Linke ist eine Friedenspartei, die einzige dieser Art im Bundestag. Sie hat auch wegen ihrer Glaubwürdigkeit in einer Koalitionsregierung mit Kriegsparteien nichts zu suchen!

Bruno Mahlow

In den Spiegel geschaut, gegen den Wind und wider die Naivität

Die »junge welt« brachte kürzlich (19./20. September 2020) ein bemerkenswertes Interview mit Georg Restle, dem Leiter und Moderator des Politmagazins »Monitor«. Seine Aussagen sind aufschlussreich, anregend und vor allem in Vielem realistisch. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Restles Haltung viel Zustimmung bei Linken und anderen Nachdenkenden findet. Ebenso durchschaubar ist, dass der Autor bei den Rechten auf Hass und Verleumdung stößt. Dass dabei zu Morddrohungen gegriffen wird, ruft bei Linken und allen vernünftigen Menschen nur Abscheu hervor und fordert zur Solidarität mit den Angegriffenen auf. Restle ist nur zu wünschen, dass er seinen

von ihm selbst gezeichneten Weg, »in den Spiegel schauen zu können«, weiter geht.

In den Spiegel, vor allem in den Spiegel der Geschichte zu schauen, sollten generell viele Deutsche wieder lernen. Denn das würde auch helfen, bestimmte Aktionen als »Brandbeschleuniger« für rechtes, faschistisches Gedankengut und Handeln zu erkennen. Bemerkenswert ist auch, dass Restle, der ausdrücklich ideologische Engstirnigkeit ablehnt und selbst ein ideologisches Weltbild vermeidet, dennoch mehrfach selbst – und dabei nicht ganz unideologisch – auf gesellschaftliche Probleme und deren Ursache verweist. Das betrifft u. a. solche Fragen, wie die Rolle der Konzernvor-

stände, die soziale Spaltung, das Wirken der AfD, die Netzwerke in Sicherheitsbehörden und das damit verbundene Sicherheitsrisiko für die Bürger. Er verweist auf das Vordringen rechter Forderungen bis in die Mitte der Gesellschaft und betont: »Naivität darf hier nicht mehr als Ausrede gelten. Wer das Verbreiten von rechtsextremistischen Positionen als Ausdruck von Meinungsvielfalt oder gar Ausgewogenheit begreift, sollte sehr genau wissen, wem er da den Weg bereitet.« Solche und ähnliche Aussagen hätte ich mir rechtzeitig seitens führender Vertreter der Linken gewünscht. Denn »die Gefahr ist real und sie wird größer«, meinen nicht nur Restle, sondern viele Menschen

in unserem Land, unabhängig von ihren ideologischen Positionen. Gesellschaftliche Missstände, wie soziale Benachteiligungen, politische Willkür und Volksverhetzung, und damit Gefahren für die Demokratie, sind Realitäten, denen man ins Auge schauen muss. Das gilt umso mehr auch dafür, dass Morddrohungen, deren Täter und Ursachen mit aller Deutlichkeit entlarvt werden müssen. Hier dürfe man nicht nachlassen, so Restle. Und wenn »fast alle großen Missstände systemischer Natur« sind, dann komme ich eben an der Systemfrage – ob ideologisch oder nicht – nicht vorbei

Bruno Mahlow

Dummheit ist gefährlich

»Belgien ist eine schöne Stadt«, tönte der US-amerikanische Präsident Donald Trump.

Bei Quizsendungen, mit denen wir vom Fernsehen neben Kochwettbewerben, lustigen Personen und Krimis überschwemmt werden, wundert sich der gelernte DDR-Bürger immer wieder über die für den Westen symptomatische Unkenntnis auf dem Gebiet der Geographie. Aus dem familiären Umfeld des gegenwärtigen deutschen Außenministers behauptet

ein Schüler, der in Berlin die nach dem früheren US-amerikanischen Präsidenten benannte John F. Kennedy Eliteschule besucht, in kräftigem Schulterschluß mit seiner Mutter, einer angesehenen Schauspielerin, die Anden verfügte über die meisten 8000er Gipfel. Was in der Politik gilt, gilt offenbar auch in der Familie: Amerika ist in allem das Größte, weshalb der Familienvater kräftig daran mittut, US-amerikanische Interessen über die der deutschen Bürger zu stellen. Selbstverständ-

lich wird dabei gleich der gesamte Kontinent den USA zugeschlagen. Geographie spielt halt keine Rolle. Das gilt dann auch für Europa. Der Kontinent wird mit der Europäischen Union gleichgesetzt. Wenn sich einzelne Staaten freiwillig Politikern unterwerfen, denen die elementarsten Kenntnisse der Geographie fehlen, so ist das ihre Sache, könnte man meinen. Doch wenn diese Politiker dann die ihnen zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und militärischen Machtinstrumente einsetzen, um

nicht willfährige Staaten solange zu würgen, bis sie einlenken, dann wird dieses Unwissen gefährlich. Was muß erst noch passieren, bis ein amerikanischer Präsident begreift, daß die Straße von Taiwan nicht vor der Küste der USA verläuft, Hongkong eine Stadt in China und nicht in den USA ist, und ein deutscher Außenminister, daß die Krim seit der Niederlage der Wehrmacht in Sewastopol nicht mehr zu Deutschland gehört?

Dr. Frank Wecker

Kulturvoll, erlebnisreich, erholsam:

Zum Programm des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM 2021

Wie in jedem Jahr gehört zur November-Ausgabe der Zeitschrift »akzente« die Reisebeilage mit dem Programm des AK Kultur- und Bildungsreisen, gewiss von den Leserinnen und Lesern wieder mit Spannung und Interesse erwartet. Natürlich sollte dieses Programm wie all die Jahre zuvor im Rahmen des traditionellen Herbsttreffens vorgestellt werden, wie immer in Verbindung mit einem profunden Vortrag zu einem aktuellen Thema, mit dem Gedankenaustausch dazu, einem Kulturprogramm sowie Speis' und Trank. Mehrfach hatten wir die Organisation und die Teilnehmerzahl unserer Veranstaltung am 12. November im Münzenbergsaal den aktuellen Corona-Regeln angepasst. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank für die vielen Anmeldungen die wir erhalten haben. **Leider mussten wir die vielen Interessenten enttäuschen. Angesichts der steigenden Infektionszahlen sahen wir uns inzwischen gezwungen, die Veranstaltung schweren Herzens abzusagen, denn die Gesundheit ist in dieser Zeit wichtiger als alles andere.**

Wie all die abgesagten Fahrten und Reisen in diesem Jahr, wird uns auch diese Veranstaltung fehlen, um unser ureigenstes Anliegen zu verwirklichen. Jeder soll in unserer freundschaftlichen, solidarischen und immer politisch aufgeschlos-

senen Gemeinschaft Mut schöpfen und soll sich nicht allein gelassen fühlen. Umso wichtiger ist es, den Blick nach vorn zu richten. Links wo das Herz ist, wollen wir im kommenden Jahr wieder mit Gleichgesinnten unterwegs sein.

Neun Tagesfahrten, zehn Mehrtagesfahrten und Flugreisen sowie zwei Kurreisen sind in unserem Programm zu finden. Einige davon haben wir in der Zeitschrift »akzente« bereits vorgestellt. Dafür gibt es auch die ersten Anmeldungen.

Vieles was wir 2020 nicht realisieren konnten, haben wir in das Programm für das kommende Jahr aufgenommen, mit kleinen Veränderungen und natürlich ist Neues hinzugekommen. Mehrere Jahre lang Jahre haben wir den Sommer bei einer Reise nach Bulgarien verlängert. Im kommenden Jahr soll es im September auf die sonnige Mittelmeerinsel Malta gehen. Auch in Bezug auf unser Kurreiseziel im Mai möchten wir andere Wege gehen und das Thermalwasser im slowakischen Piestany genießen. Nunmehr 2021 erwarten uns in Bremen die Vertreter der Fraktion der Partei DIE LINKE der Bremschen Bürgerschaft zum Gespräch und Gedankenaustausch. Dabei haben wir Ende Juni einen schöneren Reisettermin, mit dem IntercityHotel eine gute Unterkunft im Herzen der Stadt und die Gelegenheit zu

einem Ausflug auf die Insel Helgoland.

Beim Blick auf die Tagesfahrten werden viele den Konzertbesuch in Chorin vermissen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnten wir keine verbindliche Kartenzusage für unsere große Gruppe bekommen. Aber die freundliche Dame vom Choriner Musiksommer fragte, was wir über eine Klosterführung denken. Eine gute Idee, bei einer Führung können wir vieles entdecken, was uns beim Konzertbesuch bisher verborgen blieb. So gehen wir nächstes Jahr auf eine etwas andere Chorin-Fahrt als gewohnt und 2022 sicher auch wieder zum Konzert.

Wir alle kennen den Satz von der Idee, die zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift. Etwas milder ausgedrückt, wir haben ein tolles Programm und nun ist es ganz wichtig, dass es viele kennen, davon begeistert sind und daran teilnehmen. Dazu haben unsere Herbsttreffen immer ein ganzes Stück Arbeit geleistet.

In diesem Jahr und für das Programm von 2021 müssen wir andere Wege gehen. Wir werden das Reiseprogramm all den Freunden und Sympathisanten zuschicken, welche sich für die Herbstveranstaltung angemeldet hatten und die Zeitschrift »akzente« nicht bekommen. Die GRH, die ISOR und die Sportsenioren werden über ihre Wege das Pro-

gramm kommunizieren. Verstärkt werden wir die »akzente« und die Website der GBM nutzen, um über unser Programm zu informieren.

Zu den einzelnen Reisen und Fahrten gibt es wieder ausführliche Flyer, die wir gern auf Wunsch zuschicken. Die nächsten Wochen, vielleicht auch Monate werden sicher eine Herausforderung bleiben. Wichtig ist, dass wir gesund bleiben und nach vorn schauen. Dazu zählt auch, die eine oder die andere Reise zu planen. Dazu möchten wir die Leserinnen und Leser der »akzente«, die Mitglieder und Sympathisanten der ISOR und der GRH, des Fördervereins »Rotfuchs« e.V. sowie des Freundeskreises der Sportsenioren ermuntern und bestärken.

Der Arbeitskreis Kultur- und Bildungsreisen freut sich auf möglichst baldige Anmeldungen für unsere Vorschläge, denn die Fahrten und Veranstaltungen müssen natürlich langfristig vorbereitet werden. Anmeldungen nimmt die Leiterin des Arbeitskreises ab sofort gern entgegen, **telefonisch unter 0173-6102512** oder **per E-Mail gbm.dr.weiss@gmail.com**

Ab Januar werden die Buchungen durch den Reiseveranstalter verschickt.

Dr. Carola Weiß, Leiterin des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM e.V.

Wir beglückwünschen alle *Jubilare* des Monats **November 2020**



zum 100. Geburtstag
Karl Aschenbach, Dresden

zum 99. Geburtstag
Ilse Hüttig, Dresden

zum 97. Geburtstag
Ruth Haas, Berlin
Franz Rohde, Berlin

zum 96. Geburtstag
Franz Becker, Halle/Saale
Siegfried Heger, Berlin
Gudrun Hirche, Berlin
Martin Wilke, Strasburg

zum 95. Geburtstag
Kurt Krause, Chemnitz
Hans Mende, Dresden

zum 94. Geburtstag
Gisela Breitenstein, Berlin
Ilse Götz, Berlin
Irmgard Grützmacher, Berlin
Dr. Günter Gumpel, Berlin
Ursula Hempelt, Gompitz

Annemarie Herrmann,
Neubrandenburg
Gertrud Simon, Schwerin

zum 93. Geburtstag
Ingetraud Gutzmann, Wildau
Marianne Kopitz, Berlin
Wilhelm Tonne, Wanzleben

zum 92. Geburtstag
Dr. Dieter Frielinghaus,
Brüssow
Ursula Henschel, Berlin
Günter Wollert, Berlin

zum 91. Geburtstag
Gerhard Anspach, Sellin
Ingeborg Berg, Waren
Gudrun Bibrack, Leipzig
Dr. Anneliese Franke, Berlin
Achim Haeßner, Berlin
Jutta Hartmann, Berlin
Dina Lask, Berlin
Wolfgang Niedostatek,
Dresden

Gerhard Schröder, Rostock
Lotte Träger, Dresden

zum 90. Geburtstag
Hans Ibendorf, Schwerin
Helmut Nebe, Berlin
Elisabeth Reimann, Chemnitz
Jutta Rüdiger, Berlin
Anneliese Schneider, Bernau
Erhard Scholz, Zepernick
Jürgen Stroech, Berlin
Christa Walther, Berlin
Wilfried Weißflog, Hennigsdorf

zum 89. Geburtstag
Dieter Itzerott, Torgau
Lieselotte Michaelis, Halle/
Saale
Wolfgang Neupert, Plauen
Eva Normann, Berlin
Fritz Seiffert, Berlin
Ronald Weidemann, Berlin
Hans-Joachim Zietlow, Berlin

zum 88. Geburtstag
Susi Barthel, Berlin
Lothar Döring, Berlin
Rudolf Müller, Berlin
Gerda Rohland, Cottbus
Prof. Dr. Klaus Steinitz, Berlin
Ursula Thaetner, Berlin
Kurt Truxa, Hoppegarten

zum 87. Geburtstag
Hannelore Gürnth, Berlin
Christel Lamnek, Berlin
Ingrid Witscher, Eibenstock

zum 86. Geburtstag
Käthe Aebi, Magdeburg
Horst Blumentritt, Cottbus
Inge Gensick, Fürstenwalde
Peter Krause, Berlin
Dr. Christian Oppel, Bernau
Gerhard Ribitzki,
Neubrandenburg
Elfriede Semler, Berlin

zum 85. Geburtstag
Irmgard Hellwig, Berlin
Ute Holzkamp-Osterkamp,
Berlin
Ingrid Hövelberend, Berlin
Horst Jäkel, Potsdam
Prof. Dr. Rudolf Jürschik,
Berlin
Joachim Kube, Berlin
Fritz Kumparth, Wandlitz
Prof. Dr. Eckart Mehls,
Panketal
Christa Seitz, Weißenfels
Rudi Wahnschaffe, Berlin
Dieter Wolter, Rostock
Lothar Toepel, Gera

zum 80. Geburtstag
Klaus Pöhlmann, Berlin

Brecht und der Frieden

Poesie und Engagement eines Dichters

»Ich bin hier, weil ich meine Meinungen habe«¹. Brecht antwortete damit auf den Vorwurf des westdeutschen Schriftstellers Wolfgang Weyrauch, daß sein Engagement für den Frieden nur seiner opportunistischen Hörigkeit gegenüber der DDR-Regierung geschuldet sei.

Brecht gehört zu jenen Schriftstellern, die die DDR zu ihrer Heimat erkoren. Er befand sich da in besserer Gesellschaft, beispielsweise in der von Anna Seghers, Johannes R. Becher oder Heinrich Manns. Aus der Elite der deutschen Kunst hatte sich kaum jemand für die Westzonen entschieden, wo die Exilanten lange Zeit als »Vaterlandsverräter« angesehen wurden.

Als die DDR gegründet wurde, war es gesellschaftlicher Konsens, daß der Frieden nur dauerhaft durch die Entmachtung des Monopolkapitals und die radikale Bekämpfung des Militarismus gesichert werden könne. Solche »extremistischen« Forderungen tauchten selbst an prominenter Stelle in Programmen von westzonalen CDU-Landesverbänden auf. Die Künstler hatten jedoch ein feines Gespür dafür, wo den Kriegstreibern ernsthaft der Boden entzogen oder wo, hinter der Phrase von »Freiheit und Demokratie«, die Restauration der alten Verhältnisse betrieben wurde, die letztlich zur Wiederbewaffnung, zur Auferstehung des besiegt geglaubten deutschen Militarismus, zur Spaltung der Nation und schließlich der beständigen Bedrohung durch den Atomtod führten.

Gegen Ende der DDR war es allerdings der Reaktion gelungen, diesen Konsens umzukehren. Aller Erfahrung widersprechend sahen viele Bürger in der Sowjetunion eine treibende Kraft des atomaren Wettrennens. Fast hilflos mahnte Ende 1981 Konrad Wolf auf der »Berliner Begegnung zur Friedensförderung« gegenüber den Behauptungen des westdeutschen Autors Günter Grass mit dem Vers Jewgeni Jewtuschenkos »Meinst du, die Russen wollen Krieg?«

Die Zeit war von unablässiger Auseinandersetzung auf allen Gebieten gekennzeichnet. Sie sollte als »Kalter Krieg« in die Geschichte eingehen, der mit einer Niederlage des Sozialismus endete.

Der Westen hatte die stärkeren Waffen. Mit seiner gigantischen Rüstung und dank konsumtiver Überlegenheit konnte er der Wirt-

schaft des Ostblocks dem Sozialismus wesensfremde Entwicklungen aufzwingen. Die Begriffe »Frieden«, »Freiheit« und »Demokratie« wurden gegen den Sozialismus in Anschlag gebracht. Die Brechttochter Hanne Hiob zog 1990 zum dritten Male mit einem Wagenzug durch im Reklamelicht funkelnde »blühende Landschaften«. Auf den Wagen wurden einzelne Strophen des aus der Nachkriegszeit stammenden Brechtgedichtes »Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy« versinnbildlicht. Jede einzelne Strophe entlarvt, daß sich hinter der Phrase von »Freiheit und Demokratie« die alten Kriegstreiber, Beamtschaft und Großindustrie tummeln: »Die grauen Herren von den Kartellen«, »Hirnverheerer«, »Planer der Vergasungslager«, »Stürmerredakteure«, »Judenwürger«

»Blut und Dreck in Wahlverwandtschaft

Zog das durch die deutsche Landschaft Rülpste, kotzte, stank und schrie: Freiheit und Democracy.«²

Das Besondere an Dichtung ist, daß sie nicht besiegt werden kann. So ist auch die DDR-Kunst und mithin auch Brecht nicht »besiegt«, obwohl das mancher Reaktionär am Ende der DDR gehofft haben mag. Selbst das von der DDR geschaffene Brecht-Zentrum lebt heute unter anderem Namen am gleichen Ort fort und auch die von der DDR geschaffenen Brecht-Dialoge haben sogar unter gleichem Namen die DDR überdauert. Das ist aber nicht dem jetzigen Staat zu Gute zu halten. Vieles wird ehrenamtlich geleistet. Die Aktivisten, die dieses Werk fortsetzen, sind oftmals gehalten, demütig bei den neuen Herrlichkeiten um Fördermittel zu betteln, ihre Programme haben sie dem engen geistigen Horizont einer antikommunistisch ausgerichteten Bildungspolitik anzupassen.

Brechts erste Arbeit in der DDR war die Inszenierung seines Stückes »Mutter Courage und ihre Kinder«. Brecht hatte mit diesem Stück das Fühlen und Denken der Menschen getroffen. Die Mutter, die mit einem Planwagen durch das verwüstete Europa zieht, um ihre Kinder und sich selbst mit Geschäften über die schwere Zeit zu bringen, entsprach der Lebenserfahrung des Publikums. Die Inszenierung wurde ein durchschlagender Erfolg. Noch



nach einem Jahr sind die Vorstellungen ausverkauft. Erstaunt sieht Brecht beim Maiumzug 1950 vom Wagen des Berliner Ensembles aus, daß Mütter ihre Kinder hochhalten und ihnen auf Helene Weigel weisend erklären: »die mutter courage!«³. Brecht war sich jedoch nicht sicher, ob die beabsichtigte Wirkung eintreten werde. Er erkundete deshalb in einer geschlossenen Aufführung für Arbeiter des Hennigsdorfer Stahlwerkes die Wirkung. Umso enttäuschter war er, daß an den Demonstrationen am 17. Juni 1953 Hennigsdorfer Stahlwerker beteiligt waren. Brecht gehörte nicht zu jenen Leuten, die über der Wirklichkeit verzweifeln, wenn sie anders als erwartet verläuft. Er schrieb die Buckower Elegien. Ihn beschäftigte der rasche Umschlag der Lösungen: Aus »Weg mit den Normen« wurde »Weg mit der Regierung« und daraus »Hängt sie«. »Der Bürgersteig übernahm die Regie«, schrieb er an seinen Verleger Peter Suhrkamp: »Ich habe an diesem tragischen 17. Juni beobachtet, wie der Bürgersteig auf die Straße das »Deutschlandlied« warf und die Arbeiter es mit der »Internationale« niederstimmten. Aber sie kamen, verwirrt und hilflos, nicht durch damit.«⁴ Neben vielen neuen Haltungen, die er bei den Arbeitern entdeckte, mußte er feststellen, daß die Naziideologie noch vorhanden war.

Nach Brechts Tod wurde dessen Erbe vom Brecht-Zentrum und mit den Brecht-Dialogen weiter gepflegt. Der 78er Dialog fand nur wenige Monate nach der Ausbürgerung des dichtenden Provokateurs Wolf Biermann statt. Gegen die Ausbürgerung gab es einen offenen Protestbrief von Stephan Hermlin, den führende Künstler der DDR unterzeichnet hatten, darunter auch Volker Braun. Da gab es keine Scheu, auch kritische Künstler zum Brecht-Dialog einzuladen. Volker Braun nahm die Gelegenheit wahr, dort unter anderem kräftig über die Buckower Elegien zu diskutieren. Versuche, Unruhe zu stiften, scheiterten an dieser Offenheit der DDR Kulturpolitik und auch an der Borniertheit der Widersacher. Letztere hatte schon Brecht 1950 bemerkt, als er in München mit einigen westdeutschen Autoren zusammentraf: »keinerlei kenntnis über die DDR«, notierte er. »Erzähle von landverteilung, arbeiter-und-bauern-universitäten, pfingsttreffen der FDJ und erkläre, warum der sozialismus friedlich, der kapitalismus kriegerisch ist; daß ihre existenz abhängt von dem schwierigen Kampf der SED im osten. Man hört mir höflich zu.«⁵ An dieser Ignoranz hat sich bis heute nichts geändert, nur wird nicht mehr höflich zugehört, sondern nach bStrich und Faden verleumdet.

Dr. Frank Wecker

- 1 Brecht, Bertolt: Werkausgabe. Frankfurt a. M. 1967. Gesammelte Werke Bd. 19. S. 499.
- 2 Brecht: a. a. O. Bd. 10. S. 947
- 3 Brecht. Werkausgabe. Supplementband. Arbeitsjournal. Frankfurt a. M. 1973. S. 563
- 4 Zitiert nach: Mittenzwei, Werner: Das Leben des Bertolt Brecht. 2. Berlin 1986. S. 507
- 5 Brecht. Werkausgabe. Supplementband. Arbeitsjournal. Frankfurt a. M. 1973. S. 568.

17 Mitglieder


17 Mitglieder überwiesen im Oktober 2020 Spenden an die GBM. Der Vorstand bedankt sich herzlich.

Aktuelle Bankdaten für einen Überweisungsvordruck:
Begünstigter: GBM e.V.

IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA DEBE XXX
Kreditinstitut: Berliner Sparkasse

Kundenreferenzen (1. Zeile):
Spende

Verwendungszweck (2. Zeile):
St.-Nr. 27/666/53250

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
ZKZ 48734, PVSt, Deutsche Post 

Herausgeber

Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Franz-Mehring-Platz 1, Raum 630
10243 Berlin (Nähe Ostbahnhof)
Tel.: 030 2978-4688
Fax: 030 2978-4689
E-Mail: gbmev@t-online.de
Website: www.gbmev.de

Geschäftszeiten

Mo.–Do. 9.00–16.00 Uhr
Fr. 9.00–12.00 Uhr

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN DE16 1005 0000 0013 1927 36
BIC BELA DEBE XXX

Erscheinungsweise

monatlich

V. i. S. d. P.

Helga Hörning
Redaktion: Jörg Pauly

Redaktionsschluss

30. Oktober 2020

Redaktionsschluss

der nächsten Ausgabe
27. November 2020

Layout, Herstellung und Vertrieb

MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 2978-2900

Für den Inhalt namentlich gezeichneter Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Herausgeber und Redaktion haften nicht für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Sie behalten sich das Recht vor, über den Abdruck eingesandter Beiträge zu entscheiden und zum Abdruck kommende Beiträge zu kürzen

Die **akzente** dienen dem Gedankenaustausch der Mitglieder und Ortsverbände. Artikel können bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Corona und kein Ende? Corona als gute Ablenkung?

Seit dem 2. November gelten wieder strengere Vorschriften zum Schutz gegen das Coronavirus. Die zweite Welle hat uns fast überrollt, war das so unverhofft? Hatten nicht Mediziner und kompetente Wissenschaftler bereits im Sommer davor gewarnt? Nun ist also wieder Aktionismus angesagt und Panikmache. Das ständige Wiederholen der Fallzahlen und Gefahren in den Medien, von morgens bis abends, führt nur dazu, dass die Menschen ermüden und Wichtiges nicht mehr wahrnehmen!

Sicher, das Coronavirus ist aggressiv und wird gefährlich bleiben, bis ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht. Das zu leugnen und notwendige Schutzmaßnahmen als Einschränkung von Freiheit und Demokratie zu bezeichnen, erscheint mir als dumm und engstirnig. Natürlich müssen wir uns schützen, so gut es geht: Abstand halten, Maske tragen, Hygienemaßnahmen einhalten und alles tun, um unsere Abwehrkräfte zu stärken.

Corona ist sicher auch ein gutes Thema, um wichtige Ereignisse vergessen zu machen oder von Problemen abzulenken. Hierzu nur einige Gedanken:

Der große Feiertag, der 3. Oktober, ist vorbei mit all seinen geschichtsfälschenden Peinlichkeiten, die sich die führenden Politiker der BRD geleistet haben. In den Reden kein Wort darüber, dass Deutschland diesen Tag in erster Linie der Sowjetunion zu verdanken hat, denn die westlichen Alliierten waren gegen eine schnelle Wiedervereinigung. Und der Anteil der DDR-Bürger, die der BRD ihr Land praktisch geschenkt haben, wurde auch nicht erwähnt.

Sehr ruhig geworden ist es um den angeblich vergifteten Alexei Navalny. Dieser Vorfall wurde ja besonders von Außenminister Heiko Maas vor dem EU-Parlament und vor der UNO hochgespielt, in einer Form, die ihm jede diplomatische Bildung absprechen lassen. Die Beweise für eine Vergiftung ist die BRD-Regierung der Russischen Föderation noch heute schuldig trotz mehrerer offizieller juristischer Hilfsersuchen. Alexei Navalny erfreut sich heute bester Gesundheit und erholt sich in Deutschland. Die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte dieser Tage einige Leserbriefe, die sich gegen den Missbrauch der deutschen Gastfreundschaft durch Navalny und gegen dessen nationalistische und fremdenfeindliche Äußerungen über Russland und die Zusammenarbeit bei Nord Stream 2 richten.

Auch von der selbsternannten Präsidentin der Republik Belarus Svetlana Tichanowskaja ist kaum noch etwas zu hören. Sie tat sich besonders durch das 13-tägige Ultimatum an Präsident Lukaschenko hervor. Als angebliche Kämpferin für Menschenrechte wurde sie groß von der Bundeskanzlerin empfangen und in schon fast peinlicher Form von den Grünen-Politikerinnen Claudia Roth, Annalena Baerbock und Kathrin Göring-Eckardt hofiert. Anschließend wurde sie durch Westeuropa gereicht und bekam sogar die Möglichkeit, vor dem UN-Menschenrechtsrat zu sprechen. Hat sie dort wirklich die Interessen von Belarus vertreten?

Die Aufrufe von Tichanowskaja aus dem Ausland (sie lebte seit den Wahlen im August 2020 in Litauen) haben sicher zur Belebung einiger

Massenaktionen gegen Lukaschenko beigetragen, sind aber nur ein Stein des Geschehens. Insgesamt geht es in Belarus darum, durch eine Farben-Revolution (auch einen belorussischen Maidan) die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern und Belarus von Russland zu trennen, um die Einflussosphäre der EU und vor allem der NATO zu erweitern und bis an die russische Grenze zu führen. Und alles unter dem Deckmantel »Verteidigung der Menschenrechte«! Die Aktionen der »Opposition« sind bei weitem nicht mehr friedlich, sondern zerstörerisch, terroristisch.

Wir können dem belorussischen Volk nur wünschen, dass es diese Krise bald erfolgreich überwindet, und stehen an seiner Seite.

Dr. Renate Filina

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

Dr. Günther Heinze
Berlin
Günter Kretschmer
Dresden
Rolf Peter
Trebbin
Heinz Rompusch
Irxleben

**Wir werden ihr
Andenken in Ehren
halten.**